

EINFÜHRUNG

Rahul Peter Das

Dieser Band versammelt die Beiträge einer ersten von zwei Tagungen, die sich mit der neuen geopolitischen Situation mit besonderer Berücksichtigung der Rolle Asiens auseinandersetzen und auf der Grundlage des Erörterten Vorschläge für eine neue europäische Sicherheitsstrategie ausarbeiten sollen. Allein schon diese Themenstellung könnte bei vielen nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch unter den sogenannten Entscheidungsträgern Europas vielleicht die Frage provozieren, was Asien mit Europas Sicherheit zu tun habe. Erst recht dürfte das Thema der ersten der zwei Tagungen, nämlich Indien, vielerorts auf Unverständnis stoßen. Und ich glaube, mir wird kaum widersprochen werden, wenn ich zu behaupten wage, dass diese Reaktionen gerade in Deutschland eher die Regel als die Ausnahme darstellen dürften.

Allerdings wären solche Reaktionen verständlich. Für mehrere Jahrzehnte stand Europa im Mittelpunkt internationaler geostrategischer Überlegungen; es war ja schließlich dort, wo die zwei mächtigsten, das Weltgeschehen in erheblichem Maße beeinflussenden Machtblöcke am auffälligsten aufeinander stießen, und nirgends so unmittelbar wie mitten in Deutschland. Europa musste dadurch fast zwangsläufig im Zentrum geostrategischer Überlegungen stehen, und dies war erst recht im öffentlichen Bewusstsein derjenigen Staaten der Fall, die sich geographisch in diesem Zentrum befanden, insbesondere derjenigen Staaten, die niemals global operierten oder dies schon lange nicht mehr taten, was die Entwicklung einer globalen Sicht sicherlich nicht förderte.

Aber auch davor war gerade Europa lange Zeit der bestimmende Faktor der Weltgeschehens gewesen. Die heutige Übermacht der Vereinigten Staaten von Amerika darf nicht vergessen machen, dass diese Übermacht ein relativ rezentes Phänomen ist und dass es früher die europäischen Mächte mit ihren Kolonialreichen waren, die eine vergleichbare Position einnahmen. Erinnert sei vor allem an Großbritannien und Frankreich, aber auch an Staaten wie Spanien, die Niederlande, Portugal und sogar Belgien. Obwohl die einzelnen europäischen Staaten heute entweder kaum einen oder aber gar keinen wesentlichen Faktor im internationalen Machtgefüge mehr darstellen, ist das Bewusstsein der bedeutenden Stellung Europas, das aus diesem langwährenden Zustand resultierte, sicherlich noch ein ernstzunehmender Faktor, auch wenn die Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg Europa mehr und mehr von einem gestaltenden Akteur auf der weltpolitischen Bühne zu einem Schauplatz der wesentlichen Prozesse gemacht haben.

Die daraus resultierende Sichtweise ist bekanntlich oft als Eurozentrismus oder Europazentrismus bezeichnet worden. Ihre Kritiker sehen in ihr eine irregeleitete Verengung des Begriffs "Welt" auf Europa oder aber den sogenannten, dem europäischen Kultur- und Wertekreis zuzurechnenden "Westen"; ein Beispiel sei der Krieg von 1914 bis 1918, der als "Weltkrieg" bezeichnet wird, aber größtenteils auf europäischem Boden stattfand. Ob diese Kritik an der genannten Sichtweise gerechtfertigt ist oder nicht, bleibe dahingestellt, doch selbst ein oberflächlicher Betrachter wird zugeben müssen, dass eine solche Sichtweise tatsächlich in Europa vorhanden ist, auch wenn man über ihr eigentliches Ausmaß nicht einer Meinung sein muss.

Natürlich stehen für die Bewohner jeder Weltregion ihre Belange und die der von ihnen bewohnten Region an erster Stelle. Insofern bildet die eigene Region selbstverständlich das Zentrum geostrategischer Überlegungen, deren Auswirkungen ja primär aus dem Blickwinkel der eigenen Interessen oder der Konsequenzen für einen selbst zu sehen sind. Daraus folgt aber nicht, dass diese eigene Region gleichzeitig auch als das maßgebliche Zentrum des Weltgeschehens zu begreifen ist; in der Tat würde eine solche Sicht, sollte sie nicht den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen, durch die Verfälschung der Wahrnehmung

letztendlich den eigenen Interessen schaden. Das führt allerdings zu der Frage, was es nicht nur für die europäische Interaktion mit der restlichen Welt, sondern auch für die Wahrung der eigenen europäischen Interessen bedeuten würde, wenn eine Europa als maßgebliches Zentrum des Weltgeschehens betrachtende Sichtweise sich nicht mehr mit der wirklichen Bedeutung Europas decken sollte.

Es stellt sich daher mit offensichtlicher Dringlichkeit die Frage: Ist Europa tatsächlich noch in einer solchen zentralen Position? Ich bin sicherlich nicht der einzige, der geneigt ist, diese Frage zu verneinen. Europa insgesamt ist zwar nach wie vor für das globale Geschehen wichtig, aber vielen scheint der Grad dieser Wichtigkeit beständig geringer zu werden, in der Sicht mancher mit geradezu rasant zu nennender Geschwindigkeit. Sollte dies der Wirklichkeit entsprechen, so besteht die Gefahr, dass die Kluft zwischen Eigenwahrnehmung und dem tatsächlich Gegebenen immer größer wird, was ernste, für Europa nachteilige Folgen haben könnte. Denn wenn Europa wirklich an Bedeutung verliert, gewinnen zwangsläufig andere Teile der Welt an Bedeutung und entwickeln sich zunehmend zu das Weltgeschehen bestimmenden Faktoren. Verschließt Europa sich dieser Erkenntnis und weigert es sich, ihr entsprechende Strategien zu entwickeln, so schneidet es sich letztendlich in das eigene Fleisch.

Es mehren sich in der Tat die Stimmen, die einen Bedeutungsverlust Europas nicht nur feststellen, sondern sich auch Sorgen über die möglichen Konsequenzen machen. Uns allen ist sicherlich die derzeitige Debatte um die Zukunft der NATO bekannt, die immer mehr von dem Bild der eigentlich ohnmächtigen europäischen NATO-Staaten dominiert wird, die nur in vielerlei Hinsicht selbst für diese Aufgabe auch noch schlecht gerüstete Erfüllungshilfen der Vereinigten Staaten von Amerika seien.

Am 1. Februar 2000 veröffentlichte die wohl bedeutendste deutsche Tageszeitung, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, ein Interview mit NATO-Generalsekretär George Robertson¹. Dieser äußerte seine Besorgnis über eine allmähliche Abkopplung der Vereinigten Staaten von Amerika von ihren europäischen NATO-Verbündeten, die kaum mehr in der Lage seien, einen nennenswerten Beitrag zur Sicherung der Eigeninteressen außerhalb ihres angestammten Gebietes zu leisten. Obwohl dann gesagt wurde, auch eine Supermacht benötige Koalitionspartner, muss man angesichts Robertsons Äußerungen die Frage stellen, ob diese Partner in Zukunft unbedingt die Europäer sein müssen. Dies um so mehr, als Robertson auf die Frage, was denn der Nutzen der Europäer für die USA sei, als Beispiel nur die Kosovo-Intervention aufführte, einen Nutzen also, der sich auf einen europäischen Schauplatz bezieht, welcher zudem eigentlich eine ziemlich eingeschränkte lokale Bedeutung hat. Dadurch wirkt diese Aussage nicht, wie offenbar beabsichtigt, beruhigend, sondern ist im Gegenteil ein Anlass zu großer Besorgnis, wenn man sie aus der Sicht der Einbindung Europas in globale Interessen der USA betrachtet.

Noch deutlicher wird das Problem in einem am 15. April 2002 erschienenen Beitrag in der gleichen Zeitung aus der Feder des deutschen Vizeadmirals a.D. Ulrich Weisser². In diesem Beitrag wird die Notwendigkeit einer Neuausrichtung der NATO-Strategie nach Süden und Südosten auf die unmittelbar an Europa angrenzenden Regionen Nordafrikas und des Nahen Ostens betont.

Es fällt sofort auf, dass dies eindeutig eine Blickrichtung anzeigt, die von Europa ausgeht und suggeriert, dass die NATO vor allem den Zweck habe, Europa vor Gefahren aus dem näheren Umfeld zu schützen, Gefahren, die allerdings nicht mehr im Osten und Nordosten lokalisiert werden, sondern im Süden und Südosten. Einen eindeutigeren Beleg für die eingangs von mir skizzierte Problematik könnte man meines Erachtens kaum liefern. Denn die NATO ist selbstverständlich ein transatlantisches Bündnis, das nicht nur den Interessen der europäischen Partner gilt, sondern auch der nordamerikanischen jenseits des Atlantiks. Und aus der Perspektive vom anderen Ufer dieses Ozeans ist die im Kalten Krieg vorhandene primäre

Verbindung der Sicherheit Europas mit der Nordamerikas nicht mehr notwendigerweise gegeben.

Das wirft natürlich die Frage auf, wie die von Weisser angemahnte Neuausrichtung auf Regionen, die unmittelbar an Europa angrenzen, von jenseits des Atlantiks erscheint. Wäre eine derartige Neuausrichtung für die Staaten auf dem nordamerikanischen Kontinent genauso dringlich wie für die Europäer? Und wenn nicht, wenn dort andere Prioritäten vorhanden sein sollten, die sich aus anderen geostrategischen Erwägungen ergäben, wie sähen diese Prioritäten dann aus europäischer Interessenlage aus?

Derartige Überlegungen stellt Weisser nicht an. Allerdings finden sich zwei Hinweise auf mögliche Konsequenzen, die jedoch nicht unter dem eben erwähnten Gesichtspunkt gesehen werden. Zum ersten handelt es sich um die Erwähnung von griechischen und türkischen Bemühungen, den Iran in eine neue strategische Konstellation einzubinden. Dabei wird auch die Rolle deutscher Diplomatie erwähnt, was, sollte diese Erwähnung zutreffend sein, ein weiterer Beleg für die Diskrepanz zwischen öffentlicher Wahrnehmung und Diskussion und der Sichtweise und den Handlungen einiger weniger Fachleute wäre. Doch sind Weissers Angaben vage, so dass nicht deutlich wird, ob die Bemühungen Griechenlands und der Türkei einerseits und Deutschlands andererseits in die gleiche Richtung zielen, da die traditionell guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Iran aus deutscher Sicht bisher eher wirtschaftlichen als geopolitisch-strategischen Interessen galten.

Auch ist bei dem nach wie vor angespannten Verhältnis zwischen den USA und dem Iran unklar, welche Rolle die NATO insgesamt in diesem Prozess spielt, was die Frage aufwirft, welche Interessen Griechenland und die Türkei tatsächlich verfolgen. Denn vor allem bei der Türkei ist es durchaus denkbar, dass eine verstärkte strategische Ausrichtung auf Asien hin nicht unbedingt im Rahmen der NATO und daher europäischer, vor allem westeuropäischer Interessen sein müsste. In diesem Zusammenhang sei auf die geplante Übertragung der Führung der internationalen Schutzmacht in Afghanistan auf die Türkei hingewiesen, auf Drängen der USA und trotz westeuropäischer Vorbehalte. Zwar ist die Türkei ein NATO-Mitglied, aber wesentlich an dieser Entscheidung dürfte ihr Status als eine für Zentralasien wichtige, eher asiatische Macht gewesen sein.

Dieses Beispiel erhellt einerseits das Problem von Vorstößen von NATO-Partnern im Rahmen von NATO-Aktionen, die dennoch nicht notwendigerweise den Interessen der NATO insgesamt dienen müssen, auch wenn die Konsequenzen die NATO insgesamt berühren mögen. Andererseits zeigt es beim genauen Hinschauen auch die Divergenz zwischen einer auf Europa zentrierten und einer globalen Sichtweise auf.

Auf jeden Fall führt die Erwähnung des Iran in ein Gebiet, das nicht zu den restlichen Überlegungen in Weissers Aufsatz gehört. Denn das geostrategische Umfeld des Irans beinhaltet zwar auch Westasien, den Kaukasus und Teile Russlands, größtenteils jedoch andere Weltregionen, vom Kaspischen Meer über Zentralasien und Südasien bis hin zum Indischen Ozean, und zwar in erheblichem Maße. Ein besonderes Verhältnis südosteuropäischer oder kleinasiatischer NATO-Staaten mit einem Staat, der diese sich aus seiner Lage ergebende Strategieinteressen besitzt, wirft eine ganze Reihe von Fragen für eine neugestaltete NATO-Doktrin auf, die in Weissers Ausführungen unberücksichtigt bleiben. Brisanter ist indes der zweite Hinweis. Weisser erwähnt, dass Griechenland eine Initiative ergriffen habe, um "den amerikanischen Streitkräften, für die jetzt andere Prioritäten gelten", den Einsatz in anderen Weltgegenden zu ermöglichen, nämlich durch den Ersatz durch griechische Truppen auf dem Balkan. Das würde Griechenland die Möglichkeit bieten, seine strategische Bedeutung zu beweisen - wem gegenüber und aus welchem Blickwinkel, wird allerdings nicht erwähnt.

Ich möchte ein wenig bei den erwähnten "anderen Prioritäten" der US-Streitkräfte verweilen. "Andere" ist zweifelsfrei in Relation zum Balkan aufzufassen, einem europäischen Schauplatz. Berücksichtigt man die heutige Weltlage, so wird damit eindeutig ausgedrückt,

dass die Prioritäten der USA durchaus außerhalb Europas liegen könnten. Und da bei "Prioritäten" sicherlich auch ein Bezug auf Europa zugrunde liegt, wird letztendlich ausgesagt, dass andere Weltgegenden für die USA wichtiger sein könnten. Wie verträgt sich das mit der offensichtlich auf Europa bezogenen, erörterten Neuformulierung der NATO-Doktrin, die ja für alle NATO-Staaten gelten soll? Und haben wir hier nicht einen Hinweis darauf, dass die gemeinsame Interessenlage der europäischen NATO-Staaten und der USA, die Weissers Ausführungen stillschweigend zugrunde legen, tatsächlich nicht mehr gegeben sein könnte?

Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, dass Europa ja nicht nur aus NATO-Staaten besteht, dass Nicht-NATO-Staaten aber auf vielfältige Weise in ein Interessengeflecht mit NATO-Staaten eingebunden sind, etwa durch die Europäische Union oder andere Strukturen. Wie ist die Interessenlage dieser Staaten, und wie sind sie im Verhältnis zu jenen, die bisher angesprochen wurden?

Ich habe mich so lange bei Weissers Aufsatz aufgehalten, nicht weil ich ihn als eine Art von Schlüsseldokument betrachte, sondern weil er einerseits ein bequemer Einstieg in die Diskussion, andererseits aber an die Öffentlichkeit gerichtet ist, was meines Erachtens besonders wichtig ist angesichts der Tatsache, dass eine einschlägige öffentliche Diskussion, die - mehr als Expertenmeinungen, die vor Fachkollegen vorgetragen werden - auch sehr viele der sogenannten Entscheidungsträger zu beeinflussen in der Lage ist, bisher kaum stattgefunden hat.

Die Notwendigkeit für eine solche öffentliche Diskussion hätte jedoch bereits spätestens im Juli 2001, noch vor den Ereignissen des 11. September 2001, klar werden sollen. Am 25. jenes Monats veröffentlichte wiederum die Frankfurter Allgemeine Zeitung einen Beitrag von Jeffrey Gedmin, Direktor der New Atlantic Initiative am American Enterprise Institute in Washington und zur Zeit Leiter des Aspen-Instituts in Berlin³. Gedmin sprach deutlich davon, dass die kulturellen und wirtschaftlichen Bande zwischen Europa und den USA nicht verhindern könnten, dass in der neuen weltpolitischen Situation die USA sich immer mehr Asien zuwenden, die Beziehung beziehungsweise Auseinandersetzung mit China priorisieren und sich stärker in Südasiens engagieren würden. Eine Unzufriedenheit mit den europäischen Verbündeten wurde auch festgestellt. Wörtlich hieß es am Schluss des Aufsatzes: "Eines allerdings fällt durchaus nicht schwer: sich nämlich vorzustellen, wie Amerika damit beginnt, über die Verbündeten aus alten Tagen neu nachzudenken." Nun ist Gedmin, der auch als ein intimer Kenner Deutschlands Ansehen genießt, nicht irgendwer, und man konnte annehmen, dass das, was er ausdrückte, nicht allzu sehr von den Vorstellungen der Bush-Regierung entfernt lag. Dies umso mehr, als nur einige Monate zuvor eine Meldung durch die Weltpresse gegangen war, dass diese Regierung beschlossen habe, seine außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten primär auf Asien und nicht mehr wie bisher auf Europa auszurichten.

Doch weder führte der doch an prominenter Stelle platzierte Aufsatz Gedmins zu einer wahrnehmbaren öffentlichen Diskussion, noch wurde die eigentlich für Europa äußerst beunruhigende Pressemeldung über neue Prioritäten der Bush-Regierung in den deutschen Medien an exponierter Stelle erwähnt, sofern sie überhaupt für erwähnenswert erachtet wurde. Das finde ich erstaunlich. Ich bin kein Politologe oder Militärwissenschaftler, und auch kein Fachmann für Europa- oder Nordamerikafragen. Einschlägige Quellen sind mir oft unzugänglich, in der Regel sogar unbekannt. Und dennoch war selbst jemandem wie mir die Information zugänglich, aus der hervorgeht, dass das, was Gedmin schilderte, in der Tat nicht nur der Sicherheitsdoktrin der jetzigen Regierung der USA entsprechen muss, sondern auch, dass diese in ihren Grundzügen Elemente enthält, die aus europäischer Sicht noch besorgniserregender sein dürften.

Ich beziehe mich auf zwei Aufsätze, die in der Januar/Februar-Ausgabe des Jahres 2000 der Zeitschrift Foreign Affairs erschienen. Diese skizzierten die Außenpolitik, die eine künftige

Republikaner-Regierung verfolgen würde, sollte sie an die Macht gelangen. Einer der Aufsätze stammte aus der Feder von Robert Zoellick, heute Trade Repräsentative der USA mit Kabinettsrang in der Regierung Bush⁴.

Zoellick umreißt das, was er eine moderne republikanische außenpolitische Strategie ("a modern Republican foreign policy") nennt, mit fünf Punkten, von denen hier vor allem die ersten drei relevant sind:

1. Die USA sollten ihre nationalen Interessen unter wohlüberlegtem Einsatz der Macht verfolgen, ohne sich vom moralischen Relativismus der Intellektuellen beeinflussen zu lassen.
2. Es sollten Koalitionen und Allianzen gegründet werden und erhalten bleiben, unter Führung der USA und mit klaren Zielvorgaben, von denen nicht abzuweichen sei. Alliierte und Partner würden berücksichtigt und respektiert, insofern sie ihren Verpflichtungen nachkämen. Aktionen, nicht Reden und die Selbstdarstellung auf internationalem Parkett, würden ausschlaggebend sein.
3. Internationale Verträge und Institutionen seien Mittel zum Zweck, keine Form politischer Therapie. Internationales Recht zementiere nur bereits vorher funktionierende Kooperation. Es sei zudem ohne Macht nicht effektiv. Außerdem müsse man nicht jedes Problem multilateral lösen.

Ich glaube, das ist eine klare Sprache, die keiner Kommentierung bedarf.

Der zweite Aufsatz entstammte der Feder keiner Geringeren als Condoleezza Rice, der Sicherheitsberaterin der jetzigen Bush-Regierung. Dass der Leitsatz einer zukünftigen republikanischen Außenpolitik vor allem die Durchsetzung und Wahrung der eigenen Interessen sein solle, machte bereits der Titel klar: *Promoting the National Interest*⁵. Die für unseren Kontext relevanten Aussagen des Aufsatzes sind: Macht sei offen einzusetzen, nationale Interessen stünden über humanitären Interessen oder denen der internationalen Gemeinschaft. Auch wird deutlich gesagt, dass multilaterale Verträge und internationale Einrichtungen nicht um ihrer selbst Willen angestrebt werden sollten; vielmehr sollten sie mit den Interessen der USA im Einklang stehen. Machtpolitik sei pragmatisch auszurichten und nicht nach nur moralischen Kriterien; entscheidend sei das Endziel.

Die amerikanischen Streitkräfte müssten bereit und ausgerüstet sein, jederzeit Gefahren in folgenden Regionen der Welt zu begegnen: dem asiatisch-pazifischen Raum, dem Nahen Osten, dem Persischen Golf und Europa - man beachte die Reihenfolge! Interventionen müssten zuallererst strategisch gerechtfertigt sein. Das Militär sei eine tödliche Waffe, die als solche konzipiert sei, keine Polizeitruppe und kein politischer Schiedsrichter; insofern sollten Interventionen aus humanitären Motiven bestenfalls ausgesprochen selten sein ("at best, exceedingly rare"). Ein Einsatz der Macht in Abhängigkeit von der Erlaubnis der Vereinten Nationen schade den nationalen Interessen der USA.

Die NATO werde wertlos, wenn einzelne Mitglieder kein militärisches Potential mehr besäßen und wenn der Auftrag der NATO unklar sei. Die wichtigsten Herausforderungen seien Russland und China. China sei kein strategischer Partner, sondern ein strategischer Rivale, der versucht, die Machtbalance zu verändern. Dies erfordere eine verstärkte Kooperation mit Japan und Südkorea und eine stärkere Berücksichtigung Indiens. Indien sei auf dem Wege zum Großmachtstatus; es sei ein Faktor in den Überlegungen Chinas und sollte es daher auch in denen der USA sein. Was Russland betrifft, so sei ein schwaches Russland für die Sicherheit der USA gefährlicher als ein starkes. Die mit der Sowjetunion geschlossenen Verträge über Nuklearwaffen seien nicht mehr zeitgemäß. Auch zu diesem Aufsatz ist ein Kommentar wohl überflüssig.

Man vergleiche dies nun mit einigen der Charakteristika europäischer Sicherheitsdoktrin - oder auch Sicherheitsdoktrinen, einer Mehrzahl, die auf der Fragmentierung Europas beruht und konzeptuell dadurch bereits im Ansatz zu Unschärfen führen muss. Auch hat das fragmentierte Europa nur nationale Interesschen, die die einzelnen Staaten zu koordinieren versuchen, aber mangels einer europäischen Nation kein nationales Interesse.

Ein wichtiger Leitsatz ist die Suche nach Harmonie, im Gegensatz zur Interessendurchsetzung; man vergleiche in diesem Zusammenhang nur die Dominanz der Friedensforschung in Europa gegenüber strategischen Studien in den USA. Außerdem ist die europäische Sicht auf internationale Entwicklungen in nicht unerheblichem Maße von Moralvorstellungen und Idealzielen geprägt, was bei der Berichterstattung und den Reaktionen auf die gegenwärtigen israelisch-palästinensischen Auseinandersetzungen augenfällig wird.

Auch spielt der Glaube an die Notwendigkeit von mehrstaatlichen Organisationen eine große Rolle, wie auch das Vertrauen auf Ordnungsstrukturen. Über die Gründe dafür mag man spekulieren. Michael Kilian hat unlängst darauf hingewiesen, dass Mikrostaaten und die meisten Kleinstaaten sich ohne mächtige Beschützer und ohne die großen Organisationssysteme nicht wirksam gegen Aggressionen von außen verteidigen können und deshalb verstärkt solche Organisationen suchen⁶. Europa wird von ihm als der eigentliche Ort des Klein- und Mikrostaates bezeichnet; sein Staatsbewusstsein sei historisch in der Regel ein Kleinstaatsbewusstsein gewesen⁷. Auch macht er darauf aufmerksam, dass nicht nur die Beitrittskandidaten bei der Osterweiterung der EU bis auf zwei sämtlich Kleinstaaten sind, sondern dass in der bereits bestehenden Gemeinschaft neun der fünfzehn Mitglieder als Kleinstaaten gelten können⁸. Weiterhin hätten auch andere wichtige Strukturen in Europa, wie etwa der Regionalismus oder aber die Bundesstaatlichkeit einzelner Staaten, Kleinstaatencharakter⁹. Das sind gewichtige Feststellungen. Da es nach wie vor derartige Strukturen und die dazugehörigen Vorstellungen und Sichtweisen sind, die auch nach außen hin Europa prägen, mithin die sogenannte europäische Außen- und Sicherheitspolitik bestimmen - sei es im Rahmen der EU, der NATO, oder anderer Institutionen -, unterscheidet sich das fragmentierte Europa sehr von der Großmacht USA, die trotz interner Differenzierungen nach außen hin eher als Einheit agiert und sich nicht grundsätzlich auf externe Organisationen und Ordnungsstrukturen angewiesen sieht.

Man sieht aus diesen Ausführungen, dass es schon im Ansatz erhebliche Differenzen zu den USA gibt, die noch größer werden dürften, da nun die Klammer der gemeinsamen Bedrohung durch die Staaten des Warschauer Pakts weggefallen ist.

Was Europa im Gegensatz zu den USA vor allem Probleme zu bereiten scheint, ist der Untergang der im wesentlichen bipolaren internationalen Ordnung, die trotz aller daraus resultierender Bedrohung einen überschaubaren strukturellen Rahmen schuf. Wir haben heute eine multipolare Situation, mit einer Vielzahl von Permutations- und Kombinationsmöglichkeiten, die mit einer auf Ordnung bedachten Weltansicht inkompatibel ist. In vielem erinnert dieser Zustand an jenen im Europa der Bismarck-Zeit, die einen anderen Umgang mit Strategie, Interessenpolitik und Macht erforderte. Es war aber auch eine Zeit, in der das Wort Großmacht auch im wörtlichen Sinne verstanden werden musste.

Transponieren wir all dies auf das heutige Eurasien, so kommen wir wohl nicht umhin zu konstatieren, dass es sich bei den dort relevanten Großmächten außer den global präsenten USA nur um Russland, China, Indien und wahrscheinlich auch Japan handeln kann. Denn es gibt keine Großmacht Europa, sondern nur kleinere Mächte, die Europa bilden. Das ist aber eine Situation, die in allgemein diskutierten europäischen Strategiekonzepten nur eine untergeordnete Rolle zu spielen scheint, wenn sie überhaupt berücksichtigt wird. Auch wenn inzwischen in vielen Teilen der Welt Indien als tatsächliche oder kommende Großmacht angesehen wird, wird das Land in dieser Funktion in Europa nach wie vor nicht adäquat berücksichtigt, vor allem im deutschsprachigen Teil. Dabei müssten schon einige einfache, grundsätzliche Überlegungen dazu führen, Indien eine wichtige Rolle im internationalen Machtgefüge zuzugestehen, und wenn auch allein deshalb, weil die Berücksichtigung der tatsächlichen Bedeutung Indiens für die USA von großer Wichtigkeit für Europa und sein Verhältnis zu den USA ist.

Die Ausführungen von Rice haben bereits einen gewichtigen Grund für die Bedeutung Indiens für die USA geliefert. In Europa scheint oft übersehen zu werden, dass die USA ihre strategischen Außenposten und ersten Verteidigungslinien nicht nur auf der ihr gegenüberliegenden Seite des Atlantiks sehen, sondern auch der des Pazifiks. Anders als im Falle der ersten, von Europa eingenommenen und nach Beendigung des Kalten Krieges nicht mehr als sehr gefährdet angesehenen Vorverteidigungslinie wird das asiatische Pazifikufer größtenteils von dem als antagonistisch eingestuften China eingenommen, was automatisch eine Verlagerung des primären Interesses der USA vom Atlantik und Europa weg auf den Pazifik und Asien bedeuten muss. Damit wird jeder Faktor, der China schwächen oder anderweitig binden kann, wichtig; es ist offenkundig, dass dies zu einer massiven Aufwertung Indiens führen muss¹⁰, die die einer atlantischen Sichtweise verhafteten Europäer nicht ohne weiteres nachvollziehen können, wenn sie Indien nur als jenseits des Nahen Ostens liegend und daher in ihrer Weltsicht als peripher betrachten.

Aber auch als Macht im Kontext Zentralasiens, Südasiens und des Indischen Ozeans hat Indien an Statur gewonnen, dazu sogar im westasiatischen Kontext, insbesondere durch die zunehmend engere Zusammenarbeit mit Israel. Damit kommt Indien auch aus europäischer Sicht eine Bedeutung zu, die Europa unmittelbar berührt, unter anderem im Zusammenhang mit Energiequellen und Handelsrouten, die für Europa außerordentlich wichtig sind.

Dennoch wird Indien in Europa und insbesondere in dessen deutschsprachigem Teil nach wie vor größtenteils nicht als ein Land wahrgenommen, dem man einen solchen Status zutraut.

Hier spielt wohl das tradierte Indienbild eine wesentliche Rolle, ein Bild, von dem der Indienkenner Heimo Rau treffend gesagt hat: "Indien als heiliges Wunderland, Indien als Armenhaus"¹¹. Etwas anderes trauen viele diesem Land nicht zu; es löst beispielsweise bei vielen ungläubiges Erstaunen aus, wenn darauf hingewiesen wird, dass zu den besten Aufklärungssatelliten, die kommerziell nutzbar sind, indische zählen.

Es dürfte daher allgemein einleuchten, dass es in diesem Bereich ein erhebliches Defizit gibt, und gerade aus diesem Grunde wurde beschlossen, eine sicherheitspolitische Tagung Indien zu widmen, da ohne ein umfassendes Verständnis seiner neuen Rolle es sinnlos wäre, den Versuch der Ausarbeitung von Kriterien für eine europäische Sicherheitsdoktrin zu wagen.

1 Fragen an George Robertson. "In der Nato entsteht ein Ungleichgewicht", Frankfurter Allgemeine Zeitung (Frankfurt a.M.) vom 1.2.2002.

2 Ulrich Weisser, "Das Bündnis richtet sich neu aus", Frankfurter Allgemeine Zeitung (Frankfurt a.M.) vom 15.4.2002.

3 Jeffrey Gedmin, "Alte Aussicht, neue Aussicht" (aus dem Amerikanischen von Eva Kaiser), Frankfurter Allgemeine Zeitung (Frankfurt a.M.) vom 25.7.2001.

4 Robert B. Zoellick, "Campaign 2000. A Republican Foreign Policy", Foreign Affairs (New York) 79,1 (January/February 2000), S. 63-78.

5 Condoleezza Rice, "Campaign 2000. Promoting the National Interest", Foreign Affairs (New York) 79,1 (January/February 2000), S. 45-62.

6 Michael Kilian, "Staat - Kleinstaat - Kleinstaat: eine völkerrechtliche Betrachtung", in: H.-J. Cremer, T. Giegerich, D. Richter, A. Zimmermann (Hrsg.), Tradition und Weltoffenheit des Rechts. Festschrift für Helmut Steinberger, Berlin, Heidelberg u.a. (Springer) 2002 (Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht 152), S. 197-241.

7 Ebd., S. 208, 222.

8 Ebd., S. 206f.

9 Ebd., S. 200, 206.

10 Vgl. dazu Dennis Kux, "India's Fine Balance", in: Foreign Affairs (New York) 81,3 (May/June 2002), S. 93-106; "His [Bush's] advisers regard India as an emerging great power and hence a strategic partner for the United States in Asia. Indeed, a closer U.S.-India relationship would be useful should things go wrong with China" S. 95.

11 Heimo Rau, "Indien-Bilder im 20. Jahrhundert", in: Zeitschrift für Kulturaustausch (Stuttgart) 37,3 (1987) (Heft: "Utopie - Projektion - Gegenbild. Indien in Deutschland"), S. 394-398.